

DVW 1/44501, BA-1111

B e r i c h t

29. 4. 1990

Über das Treffen des Ministers für Abrüstung und Verteidigung Eppelmann mit dem Minister für Verteidigung der UdSSR, Marschall Jasow, am 29.04.1990

Minister Eppelmann schätzte einleitend ein, daß die mutige und weitsichtige Politik der Sowjetunion, besonders des Generalsekretärs Gorbatschow die gegenwärtige Entwicklung in der DDR und in ganz Deutschland ermöglichte. Der Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten laufe zur Zeit schneller als die Herausbildung kollektiver Sicherheitsstrukturen. Dieser Prozeß ließe sich aber nicht mehr aufhalten, ohne daß Millionen Bürger das Land verlassen würden. Darum sind Zwischenlösungen nötig, mit denen die Sowjetunion, die USA, die anderen Länder und die Deutschen leben können. Daraus halten wir gegenwärtig eine Politik der Einbindung eines vereinten Deutschlands in die NATO für möglich, bestehen aber darauf, daß es zu keiner Erweiterung des NATO-Einflusses über die Elbe hinaus kommt, daß keine NATO-Truppen auf DDR-Territorium stationiert werden, daß es keine Vereinigung über Artikel 23 gibt, wenn vorher nicht die Strukturen und die Strategie der NATO verändert werden.

Die NVA wird nach Wien I stark reduziert werden, aber eine eigenständige Führung haben, und die NVA solle keine NATO-Waffen erhalten. Solange es die NATO und den Warschauer Vertrag gibt, werden auch zwei deutsche Armeen bestehen. Die DDR steht zu abgeschlossenen Verträgen.

Die Situation erfordert jedoch, ökonomische und militärische Verhältnisse zu verändern. Das alles muß einvernehmlich besprochen werden. Wir müssen zu bündnisübergreifender Sicherheit kommen. Der Vereinigungsprozeß in Deutschland muß die legitimen Sicherheitsinteressen aller Länder Europas, besonders der Sowjetunion berücksichtigen. Ein vereinigtes Deutschland muß zu einem vereinigten Europa führen. Das bedeutet, es darf keinen deutschen Sonderweg geben. Die Entwicklung Europas läuft auf ein gemeinsames Sicherheitssystem hinaus, welches sich aus dem KSZE-Prozeß entwickeln sollte. Voraussetzungen dafür könnten sein:

- regelmäßige Treffen der Außenminister der KSZE-Staaten und der USA (2 mal im Jahr),
- ebenfalls regelmäßige Treffen der Verteidigungsminister dieser Länder,
- Schaffung von gemeinsamen Kommissionen,
- Bildung von Streitschlichtungskommissionen,
- Abschluß eines Sicherheitsvertrages im Zuge der 2 + 4-Verhandlungen.

je:
retari
:
uch mi
ine mö
te zur
ürde n
ischen
ontakt
treter

n Konst
, wenn
er Vert
Vizem
samen
ige (F

t hal
onen
ilde
asse
in
n Al
üst

Minister Jasow antwortet mit einem Sprichwort "Wer die Musik bestellt, muß sie auch bezahlen". Er möchte wissen, wer denn dann die Kosten für die NVA trägt, und wer bestimmt was sie tun kann und was nicht. Die Sowjetunion sei konsequent für eine Politik, die eine Destabilisierung verhindert. Doch die geäußerten Ansichten gäben seinem Lande keine Garantie. Das Bestehen zweier Armeen in einem Staat ist unreal. Von der Stabilität Europas hänge der Frieden der Welt ab. Eine Stärkung der NATO, die gleichzeitig Schwächung des Warschauer Vertrages bedeute, führt zwangsläufig zur Unstabilität. Das deutsche Volk hat ein Recht auf Vereinigung. Die Sowjetunion erkenne dieses Recht an, jedoch unter dem Prinzip: Gleiche Sicherheit für beide Seiten. Die Ergebnisse des 2. Weltkrieges müssen rechtlich fixiert werden. Die gegenwärtig in Wien ablaufenden Verhandlungen verliefen nicht ausgewogen. Die Sowjetunion ist von bestimmten Stärken der Streitkräfte ausgegangen. Sie wäre einverstanden mit der Stationierung von 195.000 Mann Truppenstärke der Sowjetunion in der DDR und der gleichen Truppenstärke der USA in der BRD. Hierbei sind die anderen in der BRD stationierten Truppenkontingente jedoch nicht berücksichtigt.

Die Perestroika beflügelte in den Ländern des Warschauer Vertrages die Abrüstungsbereitschaft und es kam zu einseitigen Truppenreduzierungen. Die westliche Seite zog daraus bisher keine Konsequenzen. Ein Übergewicht der NATO jedoch erhöht die Kriegsgefahr.

Zur Situation in Deutschland schätzt Marschall Jasow ein, daß er nicht glaube, daß das ganze Volk die Wiedervereinigung mit großer Freude aufnimmt. Er glaube auch nicht, daß das ganze Volk nach dem Westen flüchten würde. Die Entwicklung der DDR ist mit der der Sowjetunion eng verbunden. Beide Länder haben nach dem Krieg gemeinsam bei der Stunde 0 begonnen. Jetzt hat sich die DDR zur zehntstärksten Wirtschaftsmacht der Erde entwickelt. Das alles ist auch erst durch die enge Verbindung mit der Sowjetunion ermöglicht worden. Diese gemeinsamen Verbindungen zu zerstören ist unvorstellbar und wirtschaftlich unannehmbar. In letzter Zeit hat sich jedoch die Meinung der Bevölkerung verändert und das Verhältnis besonders zur Westgruppe der Streitkräfte der Sowjetunion verschlechtert. Die Bevölkerung wird gegen die Westgruppe orientiert, freundschaftliche Kontakte werden unterbrochen. Durch Innenminister Diestel wurde in Leipzig eine

ge:
retari
ni;
uch mi
Z
ine mö
te zur
würde n
ischen
kontakt
treter

n Kons
, wenn
er Ver
Vize
samen
ige (

t ha
onen
ilde
isse
l in
n A
üst

Weisung erteilt, die die Verbindung von Bürgern mit sowjetischen Einheiten verbietet. Unseren Streitkräften in der DDR soll verboten werden zu fliegen, zu schießen, Manöver abzuhalten und dergleichen mehr. Wir bitten Sie um Aufrechterhaltung des Verständnisses für unsere Aufgaben.

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten wird nicht so schnell gehen, wie sich das viele einbilden und wird nach Meinung der sowjetischen Führung mindestens 5 Jahre dauern. Vieles könnte früher sein, z.B. der Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland.

Im weiteren charakterisiert Marschall Jasow die schwierige innere Lage in der Sowjetunion am Beispiel Litauens.

Minister Eppelmann unterstreicht die Auffassung der Regierung der DDR, daß die Westgruppe der Streitkräfte der Sowjetunion solange auf dem Gebiet der DDR bleiben soll, wie NATO-Truppen in der Bundesrepublik stationiert sind. Die DDR ist um ein einvernehmliches Verhältnis zur Westgruppe bemüht. Die Information über eine Weisung des Innenministers Diestel, die Verbindungen zur Westgruppe betreffend, wird angezweifelt. Auf die Verschlechterung des Verhältnisses der Bevölkerung zur Westgruppe muß festgestellt werden, daß mit den gleichen Problemen auch die NVA konfrontiert ist. Es gibt zur Zeit unter der Bevölkerung der DDR eine große Ablehnung alles militärischen. Es werden Übergaben von Objekten, Schießplätzen, Übungsplätzen und militärischem Gerät gefordert. Doch auch hier hat die Regierung Maßnahmen eingeleitet, die diese Situation verbessern helfen sollen.

Im Bezug auf den Willen des deutschen Volkes zur Einheit führt Minister Eppelmann aus, daß sich die Regierung de Maizière gemessen am Ausgang der Wahlen, mit rund 80 % des Willens der Bevölkerung einsieht.

Deutschland soll und wird eine Brückenfunktion zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag einnehmen. Im Zuge der weiteren Verhandlungen ist davon auszugehen, daß die Stationierungskosten für die Westgruppe der Streitkräfte der Sowjetunion von der BRD übernommen werden. Bei allem ist die DDR für den weiteren Ausbau der ökonomischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion.

ge:
reta
n;
uch
2
ine
te ;
ürdi
isci
font
:tre
r Ko
, we
er V
Viz
same
ige
t hi
oner
bild
esse
J in
en A
rüst

Es ist der Regierung der DDR bewußt, daß die NVA die Loyalität
gegen den Warschauer Vertrag wahren muß.

Das bedeutet:

- die Sicherheitsinteressen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Ver-
trages zu wahren,
- die Umwandlung der Blöcke in ein Sicherheitssystem zu unterstützen,
- keine NATO-Truppen auf unserem Boden zu dulden,
- die Brückenfunktion zwischen NATO und Warschauer Vertrag auszufüllen,
- die NVA wird keine NATO-Waffen erhalten.

Es geht um

- die Verbesserung der Stationierungsbedingungen der Westgruppe,
- die Gewährleistung der Frühwarnung,
- die Geheimhaltung der operativen Planung,
- die Wahrung des Geheimhaltungsschutzes für die Technik,
- die Informationen über alle militärischen Aktivitäten auf dem Terri-
torium der DDR.

Im weiteren verweist Minister Eppelmann auf die sozialen Probleme der Ab-
rüstung und bietet die Zusammenarbeit bei der Lösung dieser Aufgabe an.
Zum Beispiel bei der Umschulung von Militärkadern auf zivile Tätigkeiten,
bei der Verschrottung und Vernichtung von Militärtechnik, bei der Umfunk-
tionierung von Technik und militärischen Objekten.

Minister Eppelmann ist seitens der BRD ermächtigt, deren Hilfe bei der
Lösung der Wohnungsprobleme für demobilisierte Berufskader der Sowjetarmee
anzubieten. Die BRD wäre bereit, vergleichbar mit der Hilfe für die Erd-
bebenopfer, Wohnungen zu bauen und verknüpft diese Hilfe mit der Hoffnung,
daß beim Abzug sowjetischer Truppen aus der DDR keine ökologischen Probleme
erwachsen, so wie sie in der CSFR zu verzeichnen sind.

Minister Jasow bestreitet derartige Behauptungen, äußert aber die Dankbar-
keit der Sowjetunion für jegliche angebotene Hilfe.

Auf entsprechende Anfragen Minister Eppelmans führt Minister Jasow aus,
daß er die von Außenminister Schewardnadse zur Diskussion gestellte Dop-
pelmitgliedschaft eines geeinten Deutschlands sowohl in NATO als auch
in Warschauer Vertrag nicht befürwortete. Er schätzt diesen Vorschlag als

ge:

retari:

n;

uch mi

Z

ine mē

te zur

rürde r

ischei

kontak

trete

n Kons

, wenr

er Ver

Vizei

samen

ige (

t hal

onen

ildet

esse :

) in

cn Ab

rüstu

unreal ein und wenn überhaupt möglich, dann nur bei starker Reduzierung der Armeen in beiden deutschen Staaten. Er unterstreicht die These Gorbatschows, daß für die Sowjetunion ein vereintes Deutschland in der NATO unannehmbar sei.

Zweitens erklärt er sich zur Hilfe bei der Vernichtung der 24 in der NVA vorhandenen Raketen OKA entweder mit der Übergabe der Technologie zur Vernichtung oder der Übernahme der Raketen und deren Vernichtung in der UdSSR bereit.

Drittens ist die Sowjetunion bereit zur Stornierung des Vertrages über die Lieferung von Technik und Bewaffnung. Er schlägt die schnellstmögliche Verhandlung zur Präzisierung der weiteren Planung vor.

Viertens erklärt Minister Jasow sein Einverständnis zur Änderung der Tagesordnung für das Treffen der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages Anfang Juni in Berlin.

ge:

ret:

n:

uch

ine

te

nür:

is

kon

str

n)

, '

er

v

sa

ig

t

lo:

ri

es

)

er

ri